

Auszug

Plenarprotokoll 13/230

Deutscher Bundestag

Stenographischer Bericht

230. Sitzung

Bonn, Donnerstag, den 23. April 1998

**Präsidentin Dr. Rita Süßmuth:** Ich rufe jetzt unseren Kollegen Hans-Dietrich Genscher auf, dem ich schon im Vorhinein -- ich denke, im Namen aller -- sagen möchte -- es ist seine letzte außen- und europapolitische Rede --: Wir verdanken ihm entscheidende Beiträge zu unseren heutigen Beschlüssen. Ich glaube, das dürfen wir auch alle zum Ausdruck bringen.

(Beifall im ganzen Hause)

**Hans-Dietrich Genscher (F.D.P.):** Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zusammen mit den Verträgen von Maastricht ist die heutige Entscheidung zur Währungsunion der wichtigste Integrationsschritt seit Gründung der Europäischen Gemeinschaften vor über 40 Jahren. Zum erstenmal aber wird eine Entscheidung von dieser Tragweite von einem Bundestag getroffen, in dem die frei gewählten Abgeordneten aus ganz Deutschland vertreten sind. Damit tun wir diesen historischen Schritt als Deutsche gemeinsam in eine bessere europäische Zukunft.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Der Kreis schließt sich. Die Einheit Deutschlands ist untrennbar mit der europäischen Einigung verbunden. Nationalistische Verblendung und verbrecherischer Vernichtungswille gegen andere Völker zerstörten die staatliche Einheit Deutschlands. Als Demokraten und gute Europäer haben wir sie 1990 wiedererlangen können.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU/CSU sowie der Abg. Ingrid Matthäus-Maier [SPD])

Wir wurden als das europäische Deutschland, so wie es Thomas Mann schon im Jahre 1953 gefordert hat, als geeintes Land von unseren Nachbarn in der Europäischen Gemeinschaft empfangen. An der Einigung Europas mitzuwirken und dem Frieden in der Welt zu dienen, das gehört zu den Verfassungsgeboten unseres Grundgesetzes. Deshalb sind europäischer Einigungswille und Bündnisfähigkeit im westlichen Bündnis entscheidende Voraussetzungen für eine glückliche Zukunft unseres Volkes. Darauf gründen die Berechenbarkeit und die Verlässlichkeit deutscher Außenpolitik.

Die Einigung Europas und die Bewahrung des Friedens sind für unseren demokratischen Staat genauso konstitutiv wie die Wahrung der Menschenwürde, die Verpflichtung auf den freiheitlichen Rechtsstaat und die Verpflichtung auf den sozialen Rechtsstaat. Keines dieser Kernelemente unserer staatlichen Existenz darf populistischer Beliebigkeit anheimfallen.

(Beifall bei der F.D.P., der CDU/CSU, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

An diesem Tage muß daran erinnert werden, daß die Europäische Gemeinschaft in den langen Jahren des kalten Krieges und der deutschen Teilung mit uns zusammen am Ziel der deutschen Einheit festgehalten hat. Die damalige DDR war durch Einbeziehung des innerdeutschen Handels eine Art indirektes Mitglied der Europäischen Gemeinschaft. Meine Damen und Herren, Westberlin gehörte ohne jede Einschränkung zur Europäischen Gemeinschaft, und das war eine der unverzichtbaren Voraussetzungen für die Überlebensfähigkeit der Stadt in schwerster Zeit. Als die Menschen in der DDR 1989 das Tor zur deutschen Einheit aufstießen, hat der damalige Kommissionspräsident Jacques Delors ohne Zögern die Erstreckung der europäischen Verträge auf die neuen Bundesländer auf den Weg gebracht, und seitdem unterstützt die Europäische Union nachhaltig die neuen Bundesländer.

In der Agenda 2000, in der manche bei uns nur Negatives zu finden vermögen, werden die neuen Bundesländer weiterhin als Ziel-1-Fördergebiet der gemeinsamen Strukturpolitik ausgewiesen. Ich denke, diese europäische Solidarität sollte auch Richtschnur sein, wenn in Deutschland über den Länderfinanzausgleich diskutiert wird.

(Beifall bei der F.D.P., der CDU/CSU, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, der heutige Tag ist für meine politischen Freunde und für mich von besonderer Bedeutung. Mit der Zustimmung zur Europäischen Währungsunion tun wir einen großen Schritt auf dem Wege zur europäischen Verankerung Deutschlands, den mein Vorgänger als Parteivorsitzender und als Außenminister, Walter Scheel, vorgezeichnet hat. Walter Scheel hat die liberale Europapolitik geprägt. Für uns ist die Verankerung Deutschlands in der westlichen Wertegemeinschaft durch Mitwirkung bei der europäischen Einigung und im Atlantischen Bündnis

mit den Vereinigten Staaten eine bleibende Grundlage deutscher Politik. Sie ist im Grunde eine unumkehrbare Standortbestimmung unseres Landes. Das leitet uns auch, wenn wir heute dem Beschluß zur Währungsunion unsere Zustimmung geben, und das bestimmt uns, wenn wir für die Ausweitung der Europäischen Union nach Osten und nach Süden eintreten und wenn wir den Ausbau der Partnerschaft mit Rußland und mit den anderen Nachfolgestaaten der früheren Sowjetunion wollen.

Mein Nachfolger, Klaus Kinkel, kann sich bei dieser Politik der ungeteilten Unterstützung durch seine Partei sicher sein. Aus der Erfahrung sage ich Ihnen, meine Damen und Herren: Das ist unverzichtbar, wenn der Außenminister in seinem verantwortungsvollen Amt die Interessen des Landes dem Auftrag der Verfassung entsprechend vertreten will.

(Beifall bei der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU  
und der Abg. Dr. Antje Vollmer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich habe mich bei meinen politischen Freunden dafür zu bedanken, daß ich stets auch in schweren Zeiten auf diese Unterstützung rechnen konnte.

Meine Damen und Herren, wir treffen heute nicht nur eine währungspolitische Entscheidung. Wir treffen eine Entscheidung, die in die historische Dimension der europäischen Einigung gehört. Diese europäische Einigung war nicht, wie manche heute fälschlich behaupten, eine Antwort auf die Bedrohung aus dem Osten. Diese Antwort haben wir durch die Gründung des westlichen Bündnisses gegeben. Nein, diese europäische Einigung wird eine Antwort auf die europäischen Bruderkriege, auf die Irrwege der deutschen und der europäischen Geschichte. Sie ist die bleibende Antwort auf zwei schreckliche Weltkriege in diesem Jahrhundert.

(Beifall bei der F.D.P., der CDU/CSU, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Diese Begründung wird immer gültig bleiben. Aber die Herausforderung der Globalisierung ist hinzugetreten. Es ist meine feste Überzeugung: Nur vereint werden die Völker Europas diese Herausforderung bestehen können. Nur vereint werden wir als Europäer in der Welt des 21. Jahrhunderts unseren Platz einnehmen können: in einer Welt, in der Grenzen immer mehr an Bedeutung verlieren, in der neue regionale Kraftzentren entstehen und in der Multipolarität bestimmend sein wird.

Die Vollendung der Währungsunion ist deshalb auch die Antwort Europas auf die Herausforderungen des neuen globalen Zeitalters. Die Erkenntnis sich abzeichnender globaler Veränderungen war auch der Grund für die deutsche Initiative in den Jahren 1987/88 für eine Europäische Währungsunion. So ist die Währungsunion keineswegs der Preis für unsere Vergangenheit, wie uns manche einreden wollen. Aber sie ist der Schlüssel zu unserer Zukunft.

(Beifall bei der F.D.P., der CDU/CSU, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das festzuhalten gebietet die historische Wahrheit. Die Legende, die deutsche Zustimmung zur Währungsunion sei der Preis für die Zustimmung insbesondere Frankreichs zur deutschen Einheit gewesen, ist Gift für die künftige Entwicklung in unserem gemeinsamen Europa.

(Beifall bei der F.D.P.)

Die Entstehungsgeschichte der Währungsunion ist eine andere.

Als ich im März 1987, also zweieinhalb Jahre vor dem Fall der Berliner Mauer, vor den EG-Botschaftern dazu aufrief, das Europäische Währungssystem fortzuentwickeln, war ich davon überzeugt, der gemeinsame Binnenmarkt werde ohne eine gemeinsame Währung keinen Bestand haben. Ich war überzeugt, daß die sich abzeichnenden Veränderungen gar keine Alternativen ließen. Auch das EWS wäre langfristig nicht zu halten gewesen, wenn man die Perspektive der Währungsunion aus den Augen verloren hätte.

Das im Februar 1988 vorgelegte Memorandum für die Schaffung eines europäischen Währungsraumes und einer Europäischen Zentralbank forderte eine Magna Charta europäischer Stabilitätspolitik als Grundgesetz des europäischen Währungsraumes. Es forderte eine von den Regierungen unabhängige Europäische Zentralbank, die nicht zur Finanzierung nationaler oder gemeinschaftlicher Defizite verpflichtet werden kann. Das haben wir erreicht.

Schon im Juni 1988 beschloß der Europäische Rat in Hannover -- Herr Ministerpräsident Schröder, Hannover verpflichtet! -- unter deutscher Präsidentschaft die Einsetzung eines Ausschusses unter Leitung des Kommissionspräsidenten Jacques Delors. Dieser Ausschuß hatte den Auftrag, Vorschläge zur Verwirklichung der Wirtschafts- und Währungsunion zu erarbeiten. Das war vor zehn Jahren. Mir ist kein europäisches Vertragswerk in Erinnerung, dessen konkrete und schrittweise Vorbereitung und Verwirklichung einen so langen Zeitraum in Anspruch genommen hat. Es ist deshalb wirklich unangemessen, von Überhastung zu sprechen, und eine Frühgeburt ist es auch nicht.

(Beifall bei der F.D.P., der CDU/CSU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
sowie bei Abgeordneten der SPD)

Wir müssen unsere Worte gerade in einer so empfindlichen Frage genau wiegen. Es geht darum, Vertrauen zu schaffen, weil dieses Vertrauen auch gerechtfertigt ist. Nach den Erfahrungen der deutschen Geschichte hat die Währungsstabilität eine große Bedeutung. Das erklärt die Sorgen vieler Bürgerinnen und Bürger. Deshalb muß verantwortliche Politik um Vertrauen werben.

Mit der unbestreitbar neuen Stabilitätskultur in der Europäischen Union ist der Schritt zur Währungsunion durchaus keine kränkelnde Geste, sondern ein kräftiger Impuls für den gemeinsamen Binnenmarkt. Mein Kollege Dr. Haussmann hat das in seiner Rede in der ersten Lesung eindrucksvoll dargelegt.

Meine Damen und Herren, die Grundlage für diese neue Stabilitätskultur wurde mit den Verträgen von Maastricht gelegt. Den Tag der Unterzeichnung am 7. Februar 1992 werde ich ebenso wie Sie, Herr Kollege Waigel, nicht vergessen.

Der Bundesregierung, insbesondere Ihnen, Herr Bundeskanzler, Ihnen, Herr Bundesminister des Auswärtigen, und Ihnen, Herr Bundesminister der Finanzen, gebühren heute der Dank und die Anerkennung des ganzen Hauses für ihre erfolgreichen Bemühungen um die Sicherung nachhaltiger Stabilität für diese europäische Währung.

(Lebhafter Beifall bei der F.D.P. und der CDU/CSU)

Erlauben Sie mir dazu als ehemaligem Außenminister noch eine zusätzliche Bemerkung: Ich bin der Meinung, daß dieser unbestreitbare Erfolg der Bundesregierung ganz sicher auch das Ergebnis der bewährten Zuständigkeitsregelungen für die Europapolitik in der Bundesregierung ist.

(Heiterkeit und Beifall bei der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU -- Lachen bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Kollege, vielleicht können Sie das in München berichten.

Meine Damen und Herren, die Einführung der gemeinsamen Währung vervollständigt den gemeinsamen europäischen Binnenmarkt. Es wird möglich sein, das gesamte Wachstumspotential des Gemeinsamen Marktes zu nutzen. Die Einführung des Euro ist deshalb eine entscheidende Voraussetzung für die Schaffung neuer und sicherer Arbeitsplätze. Es ist gewiß richtig, daß die Europäische Währungsunion nicht aus sich heraus neue Arbeitsplätze schaffen kann. Aber es ist ebenso richtig, daß es ohne diesen mutigen Schritt in die Zukunft schwerer, wenn nicht unmöglich sein wird, die Arbeitslosigkeit bei uns abzubauen.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

In jedem Fall aber ist es mit und ohne Währungsunion -- da haben Sie völlig recht, Herr Kollege Waigel -- erforderlich, unser Land für den globalen Standortwettbewerb fit zu machen. Die Globalisierung ist eine Realität, und niemand kann ihr entfliehen. Niemand sollte annehmen, es läge in unserer Hand, zu entscheiden, ob wir teilnehmen oder nicht. Nein, unsere Verantwortung ist es, unser Land dazu zu befähigen, daß wir die Chancen der Globalisierung nutzen können. Nicht die Verteufelung der Globalisierung, sondern ihre Gestaltung ist die Aufgabe, der wir uns jetzt stellen müssen.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU/CSU  
sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Das bedeutet Modernisierung unseres Landes durch Deregulierung und Flexibilität. Es verlangt eine große Steuerreform, die Wachstum und Arbeitsplätze fördert. Es verlangt, unsere sozialen

Sicherungssysteme durch Reform zukunftsfähig zu machen. Vor dieser Aufgabe wird sich auch der nächste Bundestag sehen.

Meine Damen und Herren, die Globalisierung der Finanzmärkte erlaubt nicht, noch länger an dem Anachronismus festzuhalten, daß wir in der Europäischen Union 14 verschiedene Währungen haben. Nur mit einer gemeinsamen Währung können wir auf den globalen Finanzmärkten bestehen. Es ist eine Illusion, zu glauben, der Gemeinsame Markt könne auf Dauer mit 14 verschiedenen Währungen und den dadurch ausgelösten Spannungen funktionieren. Wie oft haben wir solche Spannungen erlebt, und immer gingen sie übrigens zum Nachteil unserer Exportwirtschaft aus.

(Beifall bei der F.D.P., der CDU/CSU und der SPD)

sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Der Euro wird größere Kalkulationssicherheit für Bürger und Unternehmen in der Europäischen Union und für unsere Partner weltweit schaffen. Die gemeinsame Währung wird auch Einfluß auf die Weltwirtschaft haben, und zwar zu unseren Gunsten. Der Euro wird zu einer dem Dollar ebenbürtigen Weltreservewährung werden. Viele Länder warten geradezu auf die Möglichkeit der Diversifikation.

Diese Währungsunion als Stabilitätsunion wird auch zum Nukleus eines großen, eines gesamteuropäischen Wirtschafts- und Wachstumsraumes werden. Die Verschiebung der Währungsunion würde den europäischen Binnenmarkt und damit die Zukunftsfähigkeit Europas im Zeitalter der Globalisierung gefährden. Sie würde die neue, die gemeinsame Stabilitätskultur aufs Spiel setzen.

Die Märkte und unsere Partner haben sich weltweit längst auf den Euro eingestellt. Die jetzt vor uns liegenden Herausforderungen erlauben deshalb zur Währungsunion keine "Ja, aber"-Politik. Sie erlauben kein der Entscheidung ausweichendes "Nicht jetzt" und "Nicht so". Jetzt heißt es, hier und heute klar ja oder nein zu sagen.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

und der Abg. Dr. Antje Vollmer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

In einer solchen Frage ist niemandem Halbherzigkeit erlaubt. Rechthaberei ist ein recht schlechter Ratgeber. Gefordert ist die Kraft, ja zu sagen zu einer Politik, die unserem Volk auch in Zukunft ein menschenwürdiges Leben in Freiheit und in sozialer Gerechtigkeit garantieren soll.

(Beifall des Abg. Dr. Guido Westerwelle [F.D.P.]

Die Konvergenzberichte des Europäischen Währungsinstituts, der Europäischen Kommission und der Bundesbank haben bestätigt, daß bis auf ein Land alle beitriffsfähigen Länder die Voraussetzungen für die Währungsunion erfüllen. Schon heute herrscht in der EU dank der Konvergenzkriterien des Maastrichter Vertrages eine einzigartige Stabilitäts- und Konvergenzkultur. Nie zuvor in der europäischen Nachkriegsgeschichte waren die Inflationsraten so niedrig wie heute. Dazu haben die beharrlichen Anstrengungen aller Mitgliedstaaten beigetragen.

Ich empfinde großen Respekt vor den enormen Anstrengungen, die gerade diejenigen Mitgliedsländer

unternommen haben, die den weitesten Weg zur neuen Stabilitätskultur zurücklegen mußten.

(Beifall bei der F.D.P., der CDU/CSU, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Weil sich mancher überhebliche Diskussionsbeitrag bei uns vor allen Dingen auf Südeuropa richtet, möchte ich hier mit besonderem Respekt dem mit uns eng verbundenen und befreundeten Italien meine Hochachtung aussprechen.

(Beifall bei der F.D.P., der CDU/CSU, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zu dem neuen Europa gehört auch eine Kultur der gegenseitigen Achtung. Das dürfen wir in keiner Phase der Diskussion vergessen. Dazu paßt nicht schulmeisterliches Gehabe, mit dem bei uns gelegentlich die Diskussion über die Währungsunion geführt wird.

Ungeachtet dessen, was uns manche Euro-Skeptiker glauben machen wollen, wird dieser Euro eine stabile Währung sein. Die Europäische Zentralbank steht der Bundesbank an Unabhängigkeit nicht nach.

(Joseph Fischer [Frankfurt] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Im Gegenteil!)

Sie wird die Stabilität des Euro so gewährleisten, wie dies die Bundesbank jetzt für die D-Mark tut. Die Anforderungen an die Stabilität des Euro sind allerdings strenger als die, die die geltenden deutschen Gesetze hinsichtlich der D-Mark verlangen. Das wollen wir nicht vergessen. Diese Anforderungen sichern Nachhaltigkeit in den Bemühungen um monetäre und um haushaltspolitische Stabilität. Diese Europäische Zentralbank verdient Vertrauen. Dieses Vertrauen darf auch bei der Entscheidung über den Präsidenten und die Mitglieder des Direktoriums nicht aufs Spiel gesetzt werden.

(Beifall bei der F.D.P., der CDU/CSU, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN --  
Rudolf Scharping [SPD]: Sehr wahr!)

Quälende Personaldiskussionen in der Öffentlichkeit können den Start nur erschweren und Vertrauen beschädigen. Ich wünsche der Bundesregierung eine glückliche Hand bei der Bewältigung dieser schwierigen Aufgabe.

Der Präsident und die Mitglieder des Direktoriums der Europäischen Zentralbank müssen durch ihre Kompetenz, durch ihre Unabhängigkeit und durch das Vertrauen, das sie genießen, die Rolle der Zentralbank als Hüterin der Stabilität in Europa vor jedem Zweifel bewahren. Diese Währungsunion muß zur Initialzündung für eine umfassende Modernisierung von Wirtschaft und Gesellschaft in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union werden. Wir müssen dabei die Kräfte einer modernen und offenen Bürgergesellschaft aktivieren. Wir müssen uns bewußt sein, daß wir die Zukunft nicht bewältigen werden, wenn wir in der Veränderung das größere Risiko und nicht die Chance sehen, wenn wir glauben, daß Beharrung für uns die größte Sicherheit bieten könnte.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU/CSU)

Meine Damen und Herren, die Erfahrung der Menschheitsgeschichte spricht eine andere Sprache. Deshalb erlaubt uns die Globalisierung keine Atempause. Sie schafft nicht, wie ihre Gegner behaupten, die Strukturprobleme, aber sie legt sie offen. Sie legt offen, wo wir mehr Reformen, mehr Flexibilität und mehr Innovation brauchen. Die gleichen Wirkungen hat übrigens auch die Währungsunion.

Wer die mit jedem Schritt von historischer Tragweite verbundenen Unwägbarkeiten in den Mittelpunkt seiner Betrachtungen stellt, wird blind für die unabsehbaren Auswirkungen, die von einer Verschiebung oder gar einem Scheitern der Währungsunion ausgehen würden.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU/CSU sowie  
bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Die Vollendung der Währungsunion ist ein entscheidender Beitrag zur immer engeren Union der Völker Europas. Dieses Europa beruht auf der gleichberechtigten Zusammenarbeit großer und kleiner Völker. Sie beruht auf Solidarität und Toleranz.

Dieses Europa, unser Europa, findet seine Identität in der unveräußerlichen Würde eines jeden Menschen. Wird diese Würde des Menschen geachtet, dann können auch die Völker Europas ohne Angst voreinander leben. Die Europäische Union ist der Rahmen, in dem diese neue Kultur europäischen Zusammenlebens Wirklichkeit geworden ist. Sie beruht auf der Einsicht, daß der Erfolg der Union auch der Erfolg eines jeden Mitgliedstaates ist.

Dieses neue Denken unterscheidet das neue Europa von alter Macht- und Rivalitätspolitik. Nichts wäre deshalb verhängnisvoller, als wenn gerade jetzt ein Gegensatz zwischen deutschen und europäischen Interessen konstruiert würde.

(Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl: Sehr gut!)

Das ist altes Denken, das lange Zeit das Klima in Europa vergiftet hat.

Die Geschichte der europäischen Integration zeigt: Jeder Fortschritt bei der Einigung Europas gereicht allen zum Nutzen, auch uns Deutschen. Ich kann Ihnen aus langer Erfahrung sagen: manchmal uns mehr als den anderen.

(Beifall bei der F.D.P., der CDU/CSU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei  
Abgeordneten der SPD -- Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl: Sehr gut!)

Daran möchte ich auch erinnern, wenn die sogenannte Nettozahler-Diskussion geführt wird. Sprache und Argumente können dabei vieles, was mühsam aufgebaut wurde, beschädigen, vor allem Vertrauen.

Wenn es darum geht, die Ausgabenstruktur der EU -- sie ist es ja, die uns Probleme bereitet -- zu überprüfen, dann sind allerdings auch wir gefordert, Prioritäten zu bestimmen. Wer alles zur Priorität erklärt, schafft keine Prioritäten.

(Heidemarie Wiecek-Zeul [SPD]: Wenn man dann noch mit  
völlig unterschiedlichen Zungen spricht!)

Deshalb muß das Gewicht auf Zukunftsinvestitionen gelegt werden. Wer dabei fordert, auf den Tisch zu hauen, der wird nichts erreichen, aber er wird alles aufs Spiel setzen.

Meine Damen und Herren, unser europäisches Engagement und unsere europäische Verantwortung sind auch bei der jetzt bevorstehenden Erweiterung der Europäischen Union gefordert. Nach der Vollendung der Währungsunion liegt in der Ausweitung der Stabilitätszone Europäische Union die Herausforderung der kommenden Jahre. Für mich ist es nicht vorstellbar, auf Dauer ein Europa zu haben, zu dem unsere östlichen Nachbarn nicht gehören.

(Beifall bei der F.D.P., der CDU/CSU, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir wollen nie vergessen, daß es die Arbeiter in Polen waren, die mutig und friedlich einen großen Schritt getan haben, um Europa neu zusammenzuführen.

Wir als Deutsche haben allen Anlaß, uns daran zu erinnern, daß es das tapferere ungarische Volk war, das als erstes den Eisernen Vorhang geöffnet hat.

(Beifall bei der F.D.P., der CDU/CSU, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn wir sehen, wie heute Deutsche und Tschechen gemeinsam in der Bitte für eine Genesung von Präsident Vaclav Havel zusammenkommen, dann zeigt das, was sich auch hier verändert hat.

(Beifall bei der F.D.P., der CDU/CSU, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
sowie des Abg. Dr. Gregor Gysi [PDS])

Meine Damen und Herren, wenn wir über das ganze Europa blicken, ist es auch wichtig, die umfassende Partnerschaft mit Rußland, mit der Ukraine und den anderen Nachfolgestaaten der früheren Sowjetunion im Auge zu haben. Deshalb brauchen wir eine gesamteuropäische Infrastruktur und eine gesamteuropäische Freihandelszone. Wir müssen auch diese Herausforderungen als historische Chance begreifen, damit wir in ganz Europa Frieden, Demokratie und Wohlstand sichern können. Niemand soll sich täuschen: Das verlangt Mut, das verlangt weiterhin einen langen Atem, und es wird zum Nulltarif nicht zu haben sein.

Meine Damen und Herren, am Ende dieses Jahrhunderts der Gewalt und der Ideologien steht Europa heute wirklich an einem Wendepunkt seiner Geschichte. Und die Währungsunion ist ein Meilenstein auf dem Weg zur Einigung unseres leidgeprüften Kontinents. Sie wird unumkehrbar machen, was bisher erreicht ist, nicht durch Zwang, sondern durch Einsicht und eine immer stärkere Verbindung unserer gemeinsamen Interessen. Aber sie ist nicht der Schlußstein des Hauses Europa. Deshalb muß die Währungsunion zur Initialzündung für die Vollendung der politischen Union werden.

Der Vertrag von Amsterdam war ein wichtiger Schritt auf dem Wege zur politischen Union. Er darf aber nicht der letzte bleiben. Wir sollten nie vergessen: Die Geschichte pflegt ihre Angebote nicht zu wiederholen.

Ganz sicher ist auch, daß Europa mehr sein muß als ein Markt mit einer Währung. Erst das Bewußtsein unserer gemeinsamen Werte und erst die kulturelle Dimension Europas geben unserem Kontinent und unserer Gemeinschaft die Identität. Nur als Markt würden wir nicht in der Lage sein, Stabilitätspfeiler einer neuen multipolaren Weltordnung zu sein.

Europa aber hat im Zeitalter der Globalisierung viel zu geben. In seiner neuen Kultur des Zusammenlebens kann es Vorbild sein für andere Weltregionen. Es kann einen unverwechselbaren Beitrag leisten zu einer Weltordnung, die auf Kooperation und nicht mehr auf Konfrontation, auch nicht der ökonomischen, beruht.

Meine Damen und Herren, aber nur wenn sich die Europäer als politische Gemeinschaft begreifen, werden sie zu gemeinsamem Handeln finden, wird Europa den ihm gebührenden Platz in der multipolaren Welt des 21. Jahrhunderts einnehmen. An der Schwelle zum nächsten Jahrhundert hat unser Europa, für das wir mit den Grundwerten unserer Verfassung eintreten, noch einmal die Chance, seine Einheit friedlich zu vollenden. Hier liegt die europäische Verantwortung der Deutschen, eine Verantwortung, die wir kennen und die wir wahrnehmen.

Ich finde, unverändert gilt das, was wenige Wochen, nachdem die Waffen schwiegen, 1945 der französische Diplomat und Schriftsteller Paul Claudel an die Deutschen schrieb. Er sagte damals: Deutschland ist nicht dazu da, die Völker zu spalten, sondern sie um sich zu versammeln. Seine Rolle ist es, Übereinstimmung zu schaffen, all die unterschiedlichen Nationen, die es umgeben, spüren zu lassen, daß sie ohneeinander nicht leben können.

Ich denke, dieser Franzose hat besser, als man das sonst tun könnte, das formuliert, was unsere Verantwortung ist, was ich als die europäische Berufung der Deutschen bezeichne. Meine Damen und Herren, er hat das in einer Zeit geschrieben -- diejenigen, die sich bewußt an die Zeit erinnern wie ich, wissen es --, als wir in Deutschland nicht die Hoffnung haben konnten, daß man uns in diesem Jahrhundert noch einmal befragen würde, wenn es um die Zukunft Europas ging. Dieses Vertrauensvorschusses, den uns die Völker damals gegeben haben, nach allem, was war, müssen wir uns auch heute würdig erweisen.

(Beifall bei der F.D.P., der CDU/CSU, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie des Abg. Dr. Gregor Gysi [PDS])

Meine Damen und Herren, so sind es geschichtliche Verantwortung und Zukunftsverantwortung, die unsere Haltung bei der heute zu treffenden Entscheidung bestimmen müssen. Die Bundestagsfraktion der F.D.P. wird dem Beschlußvorschlag für die Teilnahme an der Europäischen Währungsunion zustimmen.

Mir bleibt, meine Damen und Herren, meine Dankbarkeit auch vor dem Hohen Haus dafür auszusprechen, daß ich in meiner Zeit als Abgeordneter auch an diesem Einigungswerk, diesmal der europäischen Einigung, mitwirken durfte, und auch dafür, daß ich die Ehre hatte, in meiner Zeit als Mitglied der Bundesregierung mit drei Bundeskanzlern zusammenarbeiten zu dürfen, denen die europäische Einigung eine Herzenssache war. Ich empfinde diese Dankbarkeit auch gegenüber den Kolleginnen und Kollegen meiner Fraktion, aber auch gegenüber denjenigen in anderen Fraktionen, mit denen ich zahlreiche Begegnungen hatte, die ich nicht missen möchte.

Als ich am 6. Mai 1992 meine letzte Rede als Bundesminister des Auswärtigen gehalten habe, habe ich am Schluß gesagt -- erlauben Sie mir hier die Wiederholung --: Beharrlichkeit und Solidarität -- nur so wird das neue Europa entstehen können, nur so werden wir den Menschen in der dritten Welt gerecht werden. Beharrlichkeit, Brüderlichkeit und Solidarität, Menschlichkeit und Verständnis -- wir werden sie auch brauchen, wenn wir Deutschen nach der staatlichen Vereinigung auch zu unserer inneren Einheit finden wollen.

Meine Damen und Herren, auch wenn ich im Herbst nach 33 Jahren Zugehörigkeit aus dem Deutschen Bundestag ausscheide, sehe ich mich auch für die Zukunft in dieser Verantwortung. Ich danke Ihnen.

(Anhaltender Beifall bei allen Fraktionen --

Die Abgeordneten der F.D.P. und der CDU/CSU sowie Abgeordnete der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN erheben sich von ihren Plätzen)



## STIMMEN AUS REGIERUNG UND PARLAMENT

**Präsidentin Dr. Rita Süßmuth:** Danke, lieber Kollege Genscher, für diese große Rede, für dieses europäische Manifest, von dem wir uns alle wünschen, daß nicht nur wir in diesem Saal es gehört haben, sondern viele Menschen draußen und in ganz Europa. Ich glaube, daß hier deutlich geworden ist: Geldwertstabilität ist das eine, unsere politische Zukunft und die Zukunft unserer Menschen ist das Ausschlaggebende.

Noch einmal unser aller Dank, nicht nur für den heutigen Tag.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD, der F.D.P. und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
sowie bei Abgeordneten der PDS)

Auszug aus der Rede von **Dr. Gregor Gysi** (PDS): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Zunächst noch ein Wort an den Abgeordneten Hans-Dietrich Genscher: Sicherlich sind die politischen Unterschiede zwischen uns beiden, aber vor allem auch zwischen der Gruppe der PDS und der Fraktion der F.D.P. und den dahinterstehenden Parteien gewaltig, insbesondere wenn ich an die Wirtschafts- und Finanzpolitik denke. Das ändert aber nichts daran, daß wir diese Gelegenheit Ihrer Abschiedsrede im Bundestag nutzen möchten, um Ihnen unseren Respekt für Ihre Arbeit in den vergangenen Jahrzehnten sowohl im Bundestag als auch in der Bundesregierung zum Ausdruck zu bringen.

(Beifall bei der PDS)

Auszug aus der Rede von **Dr. Helmut Kohl**, Bundeskanzler: Sie erlauben mir bitte, daß ich zunächst ein persönliches Wort an Hans-Dietrich Genscher richte. Ich will mich bei ihm für seine Rede und natürlich auch für das bedanken, was er für unser Land getan hat. Ich will mich für die Rede bedanken, weil hier, wie ich denke, in einer ungewöhnlich eindrucksvollen Weise ein Zeitzeuge gesprochen hat,

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der SPD und des  
BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

einer, der im Auf und Ab seines Lebens eine wichtige Spanne der Geschichte unseres Landes miterfahren und mitgestaltet hat. Wenn man ihn auch heute wieder über Deutschland und Europa sprechen hört -- ich war in diesen Tagen in seiner Heimatstadt Halle --, dann spürt man, daß die deutsche Teilung auch sein Leben und vor allem seine europäische Überzeugung geprägt hat. Ich will ihm als Bundeskanzler für seine Arbeit in den Bundesregierungen und natürlich nicht zuletzt -- das ist vor allem mein Auftrag -- für die gemeinsame Zeit in den Jahren von 1982 bis 1992 danken. Wir haben die Rede eines leidenschaftlichen Patrioten gehört.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Er ist einer, der dabei war, der Geschichte am eigenen Leib erlebt hat und deswegen in einer Weise darüber reden kann, ja reden muß, damit -- auch im Blick auf kommende Zeiten und Generationen -- Erfahrungen der Geschichte nicht untergehen. Hans-Dietrich, du hast Thomas Mann zitiert. Du selbst bist -- das war heute lebendig spürbar -- ein deutscher Europäer und ein europäischer Deutscher. Dafür ganz herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU, der F.D.P. und der SPD  
sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, es war gut -- wenn ich mir erlauben darf, das so zu sagen --, daß Hans-Dietrich Genscher zu diesem Zeitpunkt der Debatte gesprochen hat, weil damit die Bedeutung dieses heutigen Tages und des morgigen Tages im Bundesrat angesprochen worden ist. Dies hier heute ist nicht irgendeine Debatte und nicht irgendeine Entscheidung. In der Politik gerät man häufig in die Versuchung, von säkularen Ereignissen, von Jahrhundertereignissen zu sprechen. Dies ist ein solches Ereignis.

Auszug aus der Rede von Ministerpräsident **Gerhard Schröder** (Niedersachsen) (von der SPD mit Beifall begrüßt): ... Ich fand es bemerkenswert, was Herr Bundesminister a. D. Hans-Dietrich Genscher hier an Leidenschaft hat erkennen lassen, wenn es ihm und anderen um das europäische Einigungswerk geht. Ich denke, jeder, der die jüngere deutsche Geschichte ein wenig kennt, wird ihm in Person und anderen diese Leidenschaft, die politische Einigung Europas voranzubringen, auch abnehmen.

Gleichwohl, verehrter Herr Genscher, kann man, denke ich, nicht darüber hinwegsehen, daß unabhängig von dem, was in diesem Hause über die politische Einigung Europas geredet, gedacht und formuliert wird, bezogen auf die Entscheidungen, die vor uns liegen, nämlich die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion zum 1. Januar 1999 einzuführen, beim deutschen Volk ein Legitimationsproblem besteht. Anders ausgedrückt: Es gibt einen Unterschied zwischen der Zustimmung der Menschen zum politischen Einigungswerk und der Zustimmung der Menschen in Deutschland zur Wirtschafts- und Währungsunion.

Auszug aus der Rede von **Dr. Wolfgang Schäuble** (CDU/CSU) (von der CDU/CSU mit Beifall begrüßt): ... Die Entscheidung für die Europäische Währungsunion ist notwendig. Theo Waigel, der Bundesfinanzminister, hat es in seiner Rede gesagt; Hans-Dietrich Genscher hat es in seiner Rede gesagt. Ich möchte die Gelegenheit nutzen, hier, nicht nur unter vier Augen, sondern vor dem Forum der Nation, Ihnen, Herr Genscher, nicht nur für Ihre Rede, sondern auch für Ihr politisches Wirken über Jahrzehnte und für die gute Zusammenarbeit zu danken. Sie haben uns mit Ihrer Rede heute noch einmal gut in die historische Bedeutung dieser Entscheidung, die wir zu treffen haben, hineingestellt. Auch dafür gebührt Ihnen unser Respekt und unser Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Auszug aus der Rede von **Rudolf Scharping** (SPD):

... Herr Kollege Genscher, Sie haben das in einen, wie ich finde, sehr zutreffenden und deutlichen Zusammenhang gestellt. Niemand bestreitet, daß diese Bundesregierung in einigen Fragen und vom politischen Willen her die europäische Integration fördert und ernst nimmt. Aber was nutzt denn das gute Bemühen, wenn die Taten dem Bemühen in keiner Weise mehr entsprechen? Was nutzt es denn, wenn Sie schöne Worte finden -- einige sind ja hier gefallen --, ohne daß im konkreten Alltag Schritt für Schritt und nachprüfbar die Realitäten so verändert werden, daß die Bürgerinnen und Bürger unseres Kontinents verstehen, daß mit dieser Wirtschafts- und Währungsunion nicht nur die Stabilität des Geldes, sondern notwendigerweise auch der Kampf um die Stabilität der Gesellschaft und ihrer sozialen Beziehungen, der Kampf um Rücksichtnahme, Gemeinsinn und Solidarität, der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit und für die Ausbildung der Jüngeren verbunden sind. Das fehlt; das muß hinzugefügt werden.

(Beifall bei der SPD)

Auszug aus der Rede von **Joseph Fischer** (Frankfurt) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

... Herr Kollege Genscher, jenseits der parteipolitischen Einsprengsel, die in Ihrer Rede selbstverständlich enthalten sein mußten, möchte ich mich für Ihre Rede bedanken. Sie haben eine große Rede gehalten, in der Sie noch einmal die Grundlagen der deutschen Politik in und für Europa und damit für uns selbst klargemacht haben. Ich gratuliere Ihnen zu dieser Rede und wünsche Ihnen alles Gute für die Zukunft.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU, der SPD, der F.D.P. und der PDS)

Auszug aus der Rede von **Carl-Ludwig Thiele** (F.D.P.):

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben den überzeugten Europäern in der Bundesrepublik Deutschland viel zu verdanken. Ohne diese überzeugten Europäer, die der Auffassung sind, daß wir Frieden, Sicherheit und Wohlstand unseres Landes nur durch eine

Einbettung in Europa erreichen können, wären wir nicht soweit gekommen. Ohne Willy Brandt, ohne Hans-Dietrich Genscher, dem ich seitens der F.D.P. hier noch einmal ausdrücklich für seinen Beitrag danken möchte, aber auch ohne Helmut Kohl hätte sich das Europa nicht so zum Wohle der Deutschen entwickelt, wie es sich entwickelt hat.

Auszug aus der Rede von **Dr. Klaus Kinkel**, Bundesminister des Auswärtigen:

... Ich möchte -- das werden alle hier im Saal verstehen -- meinen ganz besonderen Dank an Hans-Dietrich Genscher richten. Er hat als mein Vorgänger 18 Jahre lang die deutsche Außenpolitik geführt. Daß wir wiedervereinigt sind, daß wir in Europa so weit gekommen sind, daß wir heute diese historische Entscheidung zum Euro treffen können, ist ganz entscheidend auch ihm zu verdanken. Vielen Dank, Hans-Dietrich Genscher!

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU/CSU  
sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)